



Protokoll Nr. 22

Sitzung von Donnerstag, 20. Mai 1999, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Rolf Häberli

Anwesend:

Ernst Aebersold
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Margrith Beyeler
Peter Blaser
Markus Blatter
Konrad Bossart
Peter Bühler
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Jean-Daniel Flückiger
Thomas Fuchs
Verena Furrer-Lehmann
Hans Ulrich Gränicher
Adrian Haas
Ueli Haudenschild
Ursula Hirt
Ruedi Hofer
Urs Jaberg

Alfred Jordi
Michael Jordi
Heinz Junker
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Blaise Kropf
Andreas Krummen
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Edith Madl Kubik
Irène Marti Anliker
Mario Marti
Elsi Meyer
Christoph Müller
Edith Olibet
Rosmarie Okle Zimmermann
Bernhard Pulver
Ruth Rauch
Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil

Kurt Rügsegger
Erich Ryter
Annemarie Sancar
Doris Schneider
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Michael Straub
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Margrit Thomet
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann
Andreas Zysset

Entschuldigt:

Arnold Bertschy
Annette Brunner
Stephan Hügli

Liselotte Lüscher
Anton Maillard
Kurt Mäusli

Barbara Mühlheim
Franco Sommaruga
Luzius Theiler

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Adrian Guggisberg
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:

Ursula Begert

Traktanden

1.	NSB-Zwischenbericht 1998	68
2.	Dringliche Interpellation Fraktion SP (Sylvia Spring Hunziker): Zukunft des Schulstandortes Waisenhausplatz/Speichergasse (Omar)	79
3.	Postulat Fraktion FDP (Adrian Haas): Arbeitsplätze in der Stadt Bern: Prüfung von notwendigen Anpassungen der ESP-Planungen (Guggisberg)	299
4.	Interpellation Peter Blaser (SP): Rechtzeitiger Schutz der Wohnquartiere vor dem Verkehr durch das Freizeit- und Einkaufszentrum Brünnen (Guggisberg)	63
5.	Interpellation Elsi Meyer (SP): Gefährdung der Zentrumsstruktur im Westen durch die Angebote im Einkaufszentrum Brünnen? (Guggisberg)	28
6.	Kleine Anfrage Adrian Haas (FDP): Altstadtanierung während der EXPO? (Guggisberg)	23
7.	Wohnstadt Bern 2005: Grundlagen für eine mittelfristige Wohn- und Bevölkerungspolitik; Bericht des Gemeinderats (Frösch)	--
8.	Postulat Fraktion FDP (Urs Jaberg, Christoph Müller): Stop der Stadtentvölkerung: Task Force für „Wohnen in Bern“ (WiB) (Frösch)	67
9.	Postulate Fraktion FDP (Urs Jaberg, Christoph Müller): - Stop der Stadtentvölkerung: Klarheit schaffen! - Stop der Stadtentvölkerung: Wohnen in Bern! - Stop der Stadtentvölkerung: Wohnraum statt Büros! Prüfungsberichte (Frösch)	--
10.	Motion Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher, Thomas Fuchs): Baurechtsabgabe von Liegenschaften und Landparzellen an den in der Gemeinde steuerzahlenden Mittelstand forcieren! (Frösch)	27
11.	Motion Fraktion SP: Wohnstadt Bern – Vermietung stadteigener Liegenschaften: Kostenmiete kombiniert mit Subjekthilfe statt Giesskanne; Punkt 1: Erfüllung; Punkte 2 und 3: Fristverlängerung (Frösch)	64
12.	Interpellation Fraktion SP (Marie-Louise Durrer): Wahrnehmung der sozialen Verantwortung (Frösch)	29

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Am Donnerstag, 27. Mai 1999 fallen die Stadtratssitzungen aus.

Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 16 + 17 vom 8. April 1999 werden ohne Wortmeldungen genehmigt.

Im Auftrag des Gemeinderats orientiert Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* den Stadtrat über die Überschwemmungen und das Hochwasser.

Seit 9 Tagen ist die Bevölkerung der Quartiere Marzili, Matte und Altenberg von einem Jahrhunderthochwasser betroffen. Auf dem Stadtgebiet stehen seither hunderte von Personen im Einsatz um die Bedrohung von Menschen, Tieren und Gut in Grenzen zu halten und wo immer möglich Schäden zu vermeiden oder zu mildern. Entlang des Schadengebiets, das sich vom Tierpark Dählhölzli bis zum Zehndermätteli erstreckt, ist durch die Überflutung grosser, zum Teil grösster Schaden angerichtet worden. Es mussten insgesamt 136 Personen evakuiert werden und wir können leider im heutigen Zeitpunkt noch keine Entwarnung geben. Laut Klimatologen ist mit weiteren Niederschlägen und zunehmendem Schmelzwasser zu rechnen. Ich mache ein paar ergänzende Ausführungen zum Schadengebiet und den Schäden: Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden neben vielen privaten und öffentlichen Gebäuden folgende Einrichtungen: Tierpark Dählhölzli, Marzilibad, Abwasserpumpwerk Nydegg, verschiedene Gewerbebetriebe, Strom-, Gas-, Wasser- und Telefoninfrastrukturen

sowie Fahr- und Gehwege. An verschiedenen Stellen im Schadengebiet stehen Heizöltanks, Heizungen, Elektroverteilanlagen, Fahrzeuge und Keller unter Wasser. Die Schäden an Flur- und Baumbeständen sind gross. Der Gemeinderat hat an seiner gestrigen Sitzung drei Kredite von je Fr. 150 000.00 für die Finanzierung von Einsatzkosten der Rettungs- und Wehrdienste und für die Vorbereitungen von Sanierungsarbeiten gesprochen. Die genauen Schäden und der weitere Bedarf an finanziellen Mitteln lassen sich wegen der unsicheren Lage heute noch nicht beziffern. Sicher ist, dem Stadtrat müssen nach der Ermittlung der Schäden Kreditvorlagen zur Behebung derselben unterbreitet werden. Zu den eingesetzten Kräften und Mitteln: Unter Leitung und in Zusammenarbeit mit dem Führungsstab für ausserordentliche Lagen sind folgende Kräfte im Kampf gegen die Wasserfluten im Einsatz gestanden oder sind es immer noch. Berufsfeuerwehr, Nachtwache, Brandcorps, benachbarte Wehrdienste, Stadt- und Sanitätspolizei, Zivilschutz und Quartieramt, Elektrizitätswerk, Gas- und Wasser- sowie Fernwärmeversorgung, Strasseninspektorat, Tiefbauamt, Fürsorge- und Gesundheitsdirektion, Stadtgärtnerei, Regierungsstatthalteramt, Wasser- und Energiewirtschaftsamt des Kantons Bern, aber auch die Wasser- und Pontonierfahrvereine aus dem Raume Bern. Seitens der Armee war bis am 19. Mai die Rettungstruppen-Rekrutenkompanie III/76 als Unterstützung im Einsatz, die technische Kompanie des Geniebataillons 36 ist seit 18. Mai und neu die Katastrophenhilfekompanie IV/2 im Einsatz. Wenn wir alles zusammenrechnen sind im Moment 600 Leute auf den Schadenplätzen im Einsatz, Tag und Nacht mit den entsprechenden Organisations- und Ablösungsvorkehrungen. Beim Einsatz von Fahrzeugen, Gerätschaften und Material wurden und werden verwendet: 60 Einsatz- und Transportfahrzeuge, ein 250-Tonnen-Pneukranwagen, ein Löffelbagger, 46 Pumpen, 6 Beleuchtungssets, 600 Tonnen Sand. Es wurden über 20 000 Sandsäcke abgefüllt und zum grössten Teil auch schon verteilt oder sind noch in Reserve. Es sind mehrere Kilometer Schlauchmaterial im Einsatz, mobile WC-Kabinen, von Baufirmen haben wir Schal-Tafeln erhalten, um das Hochwasser abzdämmen. Dank diesem Einsatz und den getroffenen Massnahmen konnten die Schäden begrenzt und der betroffenen Bevölkerung Hilfe angeboten werden. Ein paar Worte zu der Orientierung und Hilfe für die Betroffenen in den Schadenshauptgebieten. Der Mediendienst des Führungsstabs orientiert die Bevölkerung regelmässig mit Pressemitteilungen, bis Mittwoch Abend waren es deren 25. Über ein kleines Info-Team in der Matte hat man Meldungen an Anschlagbrettern und an mehreren Standorten ausgehängt. Zusätzlich hat die betroffene Bevölkerung bereits 4 Flugblätter unterschiedlichen Inhalts erhalten, ein Flugblatt mit Hinweisen für eine bevorstehende Evakuierung und ein Merkblatt des EWB zur Stromsituation. Via Sorgentelefon haben die Betroffenen und weitere Kreise die Möglichkeit, sich jederzeit mit ihren Anliegen an die Einsatzleitung zu wenden. Wir haben in den vergangenen acht Tagen über 600 Anrufe erhalten und beantwortet. Ein weiterer direkter Kontakt zur Einsatzleitung besteht über die Leist-Organisation, die Schadenplatzkommandanten oder in der Matte über den Wagen für die mobile Führung. Von den 136 evakuierten Personen wurden deren 12 durch den städtischen Fürsorgedienst betreut. Wie geht es weiter? Die Probleme mit der technischen Infrastruktur wurden von den städtischen Werken zügig an die Hand genommen. Es betrifft die Strom- und Gasversorgung, aber auch die Abwasser- und Kehrversorgung, Strassen- und Wegunterhalt. Bis heute konnte überall eine minimale "Normalität" hergestellt werden. Die enormen Mengen an Sand, Steinen, Kies, welche die Aare mit sich bringt, füllen das Flussbett an und ständig auf, so dass den Wassermengen immer weniger Platz bleibt. Mit anderen Worten, wir müssen damit rechnen, dass wir in der Matte in den nächsten Monaten auch bei einer normalen Wassermenge Hochwasser haben und bei grösseren Niederschlagsmengen, allenfalls kombiniert mit Schmelzwasser, wieder neue Überschwemmungen zu befürchten sind. Nebst verschiedenen unterspülten Strassen und Gehwegen bereiten der Einsatzleitung besonders instabile Bäume entlang des Aareufers im Raum Sandrain/Marzili Sorgen. Die sofortige Bergung angeschwemmter Bäume bei der Wehranlage Matte hat höchste Priorität, andernfalls droht dem Mattequartier eine erneute Überschwemmung. Aufgrund der Erkenntnisse der kantonalen Arbeitsgruppe "Schnee – Wasser" wird erneut mit Niederschlägen und zunehmendem Schmelzwasserzufluss gerechnet. Unter dem Motto der Einsatzleitung "bereit sein", werden in diesen Tagen die bestehenden Wassersperren ausgebaut und verstärkt. Zusätzlich werden an neuralgischen Stellen weitere massive Sperren eingebaut und Sandsackdepots errichtet. Die Massnahmen zum Hochwasserschutz werden erst entfernt, wenn von den zu-

ständigen Stellen endgültige Entwarnung gegeben wird. Klimatologen gehen davon aus, dass die prekäre Lage bis Ende Juni 99 anhalten wird. Ich will nicht unerwähnt lassen, dass uns allen bewusst ist, dass nicht nur die Stadt Bern sondern auch die Region stark betroffen ist. Die Stadt Thun, die ein grosses Fest abgesagt hat, die Gemeinden entlang der Aare, die Landwirtschaft, aber auch der Flugplatz in Belp. Ich schliesse meine Ausführungen mit einem Dank. Dank gebührt vorab der betroffenen Bevölkerung für ihr Verständnis für die getroffenen Massnahmen, aber auch für ihre Geduld, wenn im Sinne der Prioritätensetzung nicht alle Anliegen gleichzeitig erfüllt werden konnten. Mein Dank und derjenige des Gemeinderats und sicher auch des Stadtrats gilt ebenso den erwähnten Einsatzkräften, die sich in den Tagen grösster Not mit einem beispielhaften Engagement für die Betroffenen eingesetzt haben. Wir hoffen, dass das Jahrhunderthochwasser seinen Zenit überschritten hat, dass die geäusserten Befürchtungen nicht eintreffen werden, so dass nach der Entwarnung zügig mit den Reparatur- und Wiederherstellungsarbeiten begonnen werden kann.

Ordentliche Traktanden

1 NSB-Zwischenbericht 1998

Antrag Nr. 68

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht 1998 des Gemeinderats an den Stadtrat über das Projekt *Neue Stadtverwaltung Bern*.
2. Der Stadtrat verlängert die sieben Pilotprojekte Informatikdienste, Berufsfeuerwehr, Jugendamt, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei, Schul- und Büromaterialzentrale sowie Strasseninspektorat bis Ende 2000.

Im Namen der FIKO/GPK spricht *Ruth Rauch* (SP): Die FIKO und GPK haben den Zwischenbericht zur Weiterführung der 7 Pilotprojekte von NSB an der Sitzung vom 26. April 1999 diskutiert. Ein Mitglied der FIKO hat den allgemeinen Eindruck mit seiner Äusserung auf den Punkt gebracht, der Bericht sei nüchtern, sachlich, aber auch ernüchternd. Ernüchternd wahrscheinlich im Hinblick darauf, dass im Anhang beim Ergebnis sowohl bezüglich Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Arbeitszufriedenheit doch eher nur mittelmässige Zufriedenheit zum Ausdruck gekommen ist. Es wird jedoch geschätzt, dass Bemühungen gemacht wurden, diesen Zwischenbericht einfach, kurz und prägnant auszuarbeiten. Im weiteren haben wir Rückblick auf Forderungen von früheren FIKO/GPK-Sitzungen und des Stadtrats in Bezug auf NSB gehalten. Es wurde gefordert, das Produktgruppenbudget sei übersichtlich zu gestalten, in diesem Sinne wurden Anstrengungen unternommen. Ob diese Bemühungen zufriedenstellend ausgefallen sind, ist nicht heute zu diskutieren, sondern erst wenn wir den NSB-Jahresbericht behandeln. Eine weitere Forderung lautete, dass Indikatoren gestrafft, aussagekräftig und politikrelevanter werden. Sie wurden gestrafft und reduziert. Peter Tschanz hat an einer Sitzung darauf hingewiesen, dass die 3 ersten Pilote zum Teil ein bisschen aufgeblasen waren, weil damals eine Übungsphase bestand, dass damit aber auch zuviel administrativer Aufwand verbunden war. Die Indikatoren werden also vereinfacht. Dies ist einerseits erfreulich, weil es eine Reduktion des Aufwands bedeutet, andererseits aber auch bedauerlich, weil immer dann, wenn Indikatoren nicht über mehrere Jahre erhoben werden, diese wenig nützen, die Aussagekraft ist durch die Zeitlinie gegeben. Es besteht ein gewisser Ärger, dass wenig auf über 20-jährige Erfahrung im Monitoring zurückgegriffen worden ist, darin wurde viel über schlanke und griffige Indikatoren diskutiert. Es muss gesagt werden, dass die Stadt Bern tatsächlich in Bezug auf NSB eine Vorreiterrolle gehabt hat und nicht bei anderen Städten lernen konnte. Obwohl das Schrauben und Streichen von Indikatoren nicht unbedingt befriedigend ist, ist doch positiv zu werten, dass der Mut für die Vereinfachung da ist und man bereit ist, aus Erfahrungen zu lernen. Ich erinnere daran, wir stecken in einer Pilotphase. Das dritte wichtige Thema war die Kostentransparenz einzelner Produkte. Hier hat die Kostenrechnung eine zentrale Bedeutung, heute sind wir dort soweit, dass per 1. Januar 1999 25 Abteilungen die Kostenrechnung eingeführt haben. Die Frage der Kostenwahrheit hat uns ebenfalls beschäftigt. Wieweit können heute die Lohnkosten auf die Produkte übertragen werden, da ist die Entwicklung des heutigen Standes eigentlich beeindruckend. Es ist technisch möglich, die Lohnkosten auf die einzelnen Kostenstellen einzulesen und zu übertragen. In Bezug auf Querschnittskosten haben wir debattiert, wie es sich mit den Gebäudekosten verhalte. In der FIKO/GPK wurde die Ansicht vertreten, dass die Gebäudekosten auch auf die Produkte übertragen werden sollten, dass diese auch den Piloten zugerechnet werden und wir wurden in diesem Sinne vom Finanzinspektor, Beat Büschi, unterstützt. Es ist vorgesehen, in einem gewissen Sinn kalkulatorische Kosten einzurechnen, im jetzigen Zeitpunkt ist es noch nicht soweit, uns soll Ende 99 ein Vorschlag unterbreitet werden. Zum Thema Querschnittskosten haben wir kurz die Frage diskutiert, wieweit die parlamentarischen Vorstösse auf die einzelnen Produkte übertragen werden sollen. Der Stadtpräsident hat für uns einleuchtend darauf hingewiesen, dass wir weiterhin politische Kosten und Produktkosten trennen müssen. Eine zentrale Debatte in der FIKO/GPK war die Frist der Verlängerung und hierzu lag ein Antrag von Peter Sigerist vor, die Frist bis 2002 oder sogar noch länger zu verlängern. Sein Hauptargument lautete, dass als erstes der

Druck von den Piloten weggenommen wird und einem vorzeitigen Abbruch vorgebeugt werden sollte. In der Diskussion zu diesem Antrag wurden zwei Argumente erwähnt, die dazu geführt haben, dass der Antrag nicht weitergetragen wurde. Die Meinung bestand, es sei besser, den Entscheid nicht allzulange hinauszuzögern, es genau die Aufgabe eines Schlussberichts sei aufzuzeigen, wie und unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen weitergefahren werden solle. Im Schlussbericht müssen Vorschläge unterbreitet werden. Das zweite Argument war, sollte der befürchtete Druck entstehen, bestehe immer noch die Möglichkeit, den Antrag zur Verlängerung zu stellen. Die FIKO/GPK empfiehlt Annahme des Antrags des Gemeinderats.

Fraktionserklärungen

Annemarie Sancar (GB) bemerkt, dass vor 4 Jahren das Grüne Bündnis zu den Kräften gehört hat, die das Pilotprojekt NSB unterstützt und gefördert haben. Grundsätzlich sind wir offen gegenüber neuen Formen von Verwaltungen, neuen Erfahrungen. Damals schien dem Grünen Bündnis, man habe ein Instrumentarium zur Verfügung, das den Privatisierungsdrang ein bisschen drosseln könne. Heute sagen wir es offen, die Fraktion GB/JA! plädiert ganz klar für einen Zwischenhalt. Es wird heute praktisch nur noch von der flächendeckenden Einführung von NSB gesprochen, ohne wirklich einmal Bilanz gezogen zu haben. Der Zwischenbericht von heute bietet nun einmal die Gelegenheit dazu. Das bestehende politische System wird mit der Einführung von NSB umgekrempelt. Da liegen Chancen, aber auch Gefahren, die der Grund für den geforderten Zwischenhalt sind. Die Diskussion um Neue Modelle der politischen Steuerung ist eine Diskussion um Entscheidungskompetenzen. NSB bewirkt eine Verschiebung der Kompetenzen und zwar ganz klar weg vom Stadtrat, hin zur Regierung und vor allem zur Verwaltung. Es ist höchste Zeit, dass wir als Stadtratsmitglieder die Bedeutung der Einführung von NSB für die Politik untersuchen und politisch Stellung beziehen. Was bedeutet Politik in diesem Modell, welche Rolle kommt ihr überhaupt noch zu? Es braucht die öffentliche Debatte, was NSB aus politischer Perspektive heisst. Es wäre eine Wirkungsanalyse der Verwaltungsreform im Hinblick auf die Rolle des Parlaments und der Exekutive. Wir werden bei der Wirkungsanalyse sicher feststellen, eine flächendeckende Einführung von NSB hat eine entpolitisierende Wirkung. Wir sind der Ansicht, dass es eine solche Kompetenzverschiebung heute nicht braucht, wir sagen dies aus demokratiepolitischer Sicht. Diskussionen um die revidierte Gemeindeordnung haben gezeigt, dass ein Spielraum für grosse Machtverschiebungen von Parlament zu Gemeinderat und zur Verwaltung bei den Parteien und auch bei der Bevölkerung nicht vorhanden ist. NSB zielt vor allem auf Effizienz. Wir sind überzeugt, dass Effizienz der Verwaltung nicht das einzige Leitziel der öffentlichen Hand sein darf. Für uns gibt es andere Leitlinien, die im Vordergrund stehen, wie z.B. Rechtssicherheit, Rechtsgleichheit, solidarischer Ausgleich und demokratische Abstützung. Leitlinien oder auch Werte, die in den letzten Jahren in der ganzen Schweiz, aber auch in anderen Ländern, in den Hintergrund gedrängt worden sind. Vielleicht konnte Bern bis jetzt dem Abbau von öffentlichen Diensten noch ein bisschen Gegensteuer geben. Weil mit NSB genau dieser Entwicklung Vorschub geleistet wird, auch in Bern, setzen wir uns ganz klar dagegen ein. Wenn wir nicht im Nebel galoppieren wollen, müssen wir jetzt die Zügel ziehen. Wir sehen Pilotprojekte, die sich für NSB anbieten, z.B. Informatikdienste oder Feuerwehr. Ein wichtiger Zwischenschritt ist aus unserer Sicht zu fragen, welche möglichen Mischformen es gibt. Wir wollen eine Diskussion über die Folgen, die eine flächendeckende oder teilweise Einführung hätten. Es gibt viele Bereiche des städtischen Lebens, welche sich nicht eignen für ein Steuerungsmodell, das in erster Linie nach betriebswirtschaftlicher Logik funktioniert. Ein Verwaltungszweig sollte nicht da autonom sein, wo der rechtsgleiche Zugang und die Qualität durch die Art der Steuerung auf dem Spiel steht, z.B. die Bereiche Schule, Fürsorge, Gesundheit, Bildung, Kultur. Es geht darum, mit dem Tabu zu brechen und die flächendeckende Einführung auch zu hinterfragen, dies in der Funktion als politische Parteien. Sie sollen die Verantwortung in der Diskussion übernehmen um eine gezielte, sinnvolle und vor allem massvolle Einführung der neuen Steuerung. Ich zitiere eine Bemerkung einer Person der Verwaltung anlässlich einer Sitzung der Reformkonferenz, welche ziemlich viel aussagt: "Es sei unverständlich, warum der Rat das letztjährige Budget der Jugendpflege nicht zurückgewiesen habe, es fehle bei der Produktegruppe Jugendpflege jegli-

cher Hinweis zur Überprüfung, ob die politischen Ziele wirklich erreicht worden seien, währenddem bei der Grünflächenpflege Hinweise zu dieser Zielüberprüfung stünden". Gibt es überhaupt sinnvolle Hinweise für die Überprüfung der Wirkungsziele in einem Bereich wie der Jugendarbeit / Jugendpflege? Die Auswirkungen, die das Modell konkret auf das politische Handeln haben wird, wurden noch zu wenig thematisiert. Der Stadtrat hat offensichtlich nicht realisiert, dass genau diese Hinweise entscheidend für die eigene Arbeit sind. Weil die Ziele nicht systematisch oder plausibel sein können, sondern sehr situations- oder positionsabhängig und letztlich subjektiv sind, kann bei bestimmter Praxis von öffentlichem Handeln die Wirkung nur qualitativ und langfristig gemessen werden. Es ist wichtig, die Zwischenvariante jetzt zu diskutieren, von dieser "Entweder-Alles-oder-Nichts-Haltung" abzukommen. Aus unserer Sicht ist ein definitiver Entscheid im nächsten Jahr klar verfrüht, wir lehnen deshalb auch den Antrag der FDP ab, wir sind gegen eine weitere Flexibilisierung der Personalpolitik. Wir sind für ein NSB light, das einigen Piloten die Weiterarbeit in einem neuen rechtlichen Gewand tatsächlich möglich macht. Ein NSB light, das darauf verzichtet, eine flächendeckende Einführung zu realisieren. Meine Schlussbemerkungen lauten: NSB hat viel Gutes, wir befürworten auch eine Effizienzsteigerung in der Verwaltung. Wir stellen fest, dass die Folgen, welche die Einführung dieses Modells für die Politik haben könnte und würde, bisher zu wenig diskutiert worden sind. Mit diesem Votum fordern wir alle anderen Parteien auf, ebenfalls an dieser Debatte teilzunehmen. Nicht nur unsere Fraktion wäre von dieser schleichen den Entstaatlichung und Entpolitisierung betroffen, die NSB unter den heutigen Bedingungen mit sich bringen wird.

Sven Baumann (GFL) bedankt sich beim Gemeinderat für den Zwischenbericht und teilt mit, dass die Fraktion GFL den Anträgen des Gemeinderats zustimmen wird. Der Zwischenbericht beschränkt sich zu Recht auf eine Bestandesaufnahme ohne Wertung und Visionen. Dass der Schlussbericht allerdings mehr Facts enthalten, konkretere Positionen ergreifen und Farbe bekennen muss, ist ebenso klar. Unserer Ansicht nach wäre es jedoch deplaziert, jetzt bei einem Zwischenbericht eine Grundsatzdiskussion bzw. eine Grundsatzkritik zu beginnen. Es ist der Zwischenbericht über ein Projekt, welches mit vielen Vorschusslorbeeren und Erwartungen versehen worden ist, mittlerweile die Euphorie langsam abgeklungen ist und niemand so genau weiss, wohin die Reise führen wird. Es ist eine Reise mit verschiedenen Kapitänen und Zielorten, dies wusste man jedoch bereits vor Reiseantritt. Es sind keine neuen Probleme dazugekommen, es ist nichts passiert, das einen Reiseunter- oder -abbruch rechtfertigen würde, wie das Grüne Bündnis fordert. Trotz der Probleme und Unsicherheiten bedeutet NSB für unsere Fraktion eine wichtige, ja sogar unverzichtbare Diskussion. NSB zwingt uns dazu, Automatismen zu hinterfragen, die Kompetenzabgrenzungen zwischen Legislative, Exekutive und Verwaltung zu überdenken und das Verhältnis zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern von Grund auf zu überprüfen. NSB könnte uns ein bewussteres Staatsverständnis bringen um mehr Transparenz zu bewirken. Dass NSB gerade für den Stadtrat nicht nur ein Nehmen, sondern auch ein Geben und Verzichten bedeutet, ist den meisten bewusst. Unser Fazit lautet: Wir sind keine NSB-Euphoriker, ziehen aber insgesamt eine positive Zwischenbilanz. Für Spar- und Privatisierungsfanatiker wie auch für reinste Stadtrat-Egozentriker ist NSB das falsche Tummelfeld. Reiseabbrüche oder -unterbrüche erscheinen uns zum jetzigen Zeitpunkt unbegründet und vor allem verfehlt. Auch wenn die NSB-Diskussion noch zum Teil sehr abstrakt oder philosophisch ist, darf vor allem eines nicht vergessen werden. Wir müssen versuchen, die Bürgerinnen und Bürger vermehrt in die Diskussion einzubeziehen, denn ohne die sogenannten Kundinnen und Kunden verliert NSB ihre eigentliche Berechtigung, ihre Grundlage und Begründung.

Annemarie Lehmann (FDP) betont, dass es ein Anliegen der FDP-Fraktion sei, aus den alten Verwaltungsstrukturen auszubrechen um neue, klare Kompetenzregeln zu schaffen. Wir wollen nach wie vor mithelfen, eine moderne Stadtverwaltung zu kreieren und sind wie der Gemeinderat in seiner Schlussbemerkung der Meinung, dass mit NSB ein geeigneter Reformweg eingeschlagen ist. Unsere Fraktion geht davon aus, dass der Gemeinderat mit NSB nach wie vor sein Modell meint, welches 1994 die Grundlage bildete. Den Stadtratsprotokollen habe ich entnommen, dass die FDP immer Zweifel an der Vorgehensweise gehabt hat, insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass 7 Pilotprojekte zur totalen Überforderung der

Stadtverwaltung führen werden. Wir waren damals der Auffassung, dass es nicht unbedingt 7 Spielpartner benötigt um NSB zu testen. Dieser Einwand ist heute müssig, wir haben diese 7 Projekte. Wenn wir den Zwischenbericht heute lesen, wird unsere Auffassung in diesem Punkt bestätigt. Ein Erfolg ist nicht auszumachen, der vorliegende Bericht zeigt nichts Neues. Ausser der Einführung der Kostenrechnung ist auf dem Reformweg NSB nichts Konkretes gemacht worden. Die einzelnen Agenturen leisten einen erheblichen Mehraufwand bezüglich Budget und diversen Berichten, haben aber sonst überhaupt nichts mit NSB zu tun. Uns wurde 1994 ein Modell vorgelegt, welches neben der Kostenrechnung auf Ebene der Leistungserbringung neue Wege aufgezeigt hat. Das Ziel der Pilotprojekte wäre anhand des Idealmodells gewesen, den einzelnen Agenturen Anhaltspunkte zu geben, wohin NSB in Bern eigentlich führen könnte und das Modell hätte geprobt werden sollen. Die Realität sieht aber ganz anders aus, die Agenturen testen kein Modell, sie sind in den alten Strukturen festgehalten, im Personal- und Finanzbereich nicht frei. Es gibt kein Benchmarking, es finden keine Vergleiche mit den Aussengemeinden statt, es wird kein Personal nach OR angestellt. Outsourcing ist schlichtweg kein Thema und von Dritten, welche für die Stadt Leistungen erbringen, ist nichts zu sehen. Wie wollen wir nächstes Jahr überhaupt entscheiden, ob NSB für die Stadt Bern etwas taugt? Wir wollen eine Diskussion, vor allem eine fundierte Diskussion. Wir glauben nicht, dass wir dies mit Schrauben an den Indikatoren erreichen können, wir müssen einen neuen Weg einschlagen, deshalb stellen wir folgenden Antrag auf eine neue Ziffer 2:

Der Stadtrat verlängert ... bis Ende 2000 mit folgender Auflage: *Bis zur Erstellung des Schlussberichts (mit dem Antrag zum weiteren Vorgehen) sind Verfahren betreffend „Benchmarking“ und „Contracting Out“ zu entwickeln und aufzuzeigen. Überdies ist konkret darzulegen, wie eine grössere Flexibilität im Bereich der Personalpolitik erreicht werden könnte.*

Unter dieser Bedingung wären wir bereit, einer Verlängerung zuzustimmen. Der Antrag liegt vor, er ist nicht eine Verkürzung des Projekts, wie dies Annemarie Sancar gesagt hat, er ergänzt einfach den Antrag Ziffer 2. Wir wollen, dass bis zur Erstellung des Schlussberichts Verfahren zu "Benchmarking" und "Contracting Out" entwickelt werden und uns aufzeigen, wie es weitergeht. Wir wollen konkret dargelegt haben, wo es eine Flexibilität im Personalbereich geben würde. Diese Auflage verlangt nur, dass das ursprüngliche Modell, das die Grundlage für unsere Piloten bildete, umgesetzt wird, damit wir nächstes Jahr nebst der Kostenrechnung eine breitere Grundlage haben, um einen Entscheid zu fällen. Wenn wir dieser Auflage nicht zustimmen, ist die FDP gegen eine weitere Fristverlängerung. Wenn wir die Ausweitung nicht wollen und effektiv mit der ganzen Übung nur die Einführung der Kostenrechnung erreichen wollten, dann können wir die Pilotprojekte abbrechen und die bereits eingeführte Kostenrechnung vollenden. Dies wäre ehrlicher, realistischer und wahrscheinlich auch billiger.

Beat Schori spricht für die SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nimmt vom NSB-Zwischenbericht 98 des Gemeinderats Kenntnis und stimmt einer Verlängerung der 7 Pilotprojekte zu. Wir haben den Antrag der FDP geprüft und werden diesem ebenfalls zustimmen. NSB hat folgende Ziele: Bürgernähe, Förderung des unternehmerischen Denkens und wirtschaftlichen Handelns, Steigerung der Effizienz und Abbau von Leerläufen, bessere und raschere Steuerungsmöglichkeiten. Was es nicht sein sollte oder haben darf, sind zusätzlichen Aufwand, zusätzliche Stellen und somit höhere Verwaltungskosten. In Punkt 4.3 wird über Probleme der Weiterverrechnung gesprochen, wir sind der Auffassung, dass dafür nicht ein wahnsinniger Verwaltungsaufwand betrieben werden darf und verlangen, dass für solche Zielerreichungen innerhalb von NSB nicht zusätzliche Stellen geschaffen werden. Punkt 6.1 lautet, die höhere Wirtschaftlichkeit und Effizienz soll ausgebaut und zusätzliche Stellen mittel- oder längerfristig abgebaut werden. Die finanzielle Lage der Stadt Bern lässt es nicht zu, dies mittelfristig zu tun, wir fordern den sofortigen Abbau. Wir stellen aber mit Genugtuung fest, dass die Verwaltung langsam umdenkt und kostenbewusst wird.

Irène Marti Anliker (SP) spricht für die Fraktion SP: Heute beschäftigen wir uns mit dem NSB-Zwischenbericht, in ein paar Wochen debattieren wir hier über den Verwaltungsbericht 98. Die stadträtliche Reformkommission versucht politische Instrumente zu entwickeln, worin die NSB-Ideen umgesetzt werden können, derweil geht die GPK auf ihre Verwaltungsbesu-

che. NSB bedeutet also nicht nur in der Stadtverwaltung einen Mehraufwand, einen recht grossen Mehraufwand, sondern auch die politischen Behörden müssen sich in zwei Systemen der Verwaltung zurechtfinden, mit den traditionellen Verwaltungsabläufen auf der einen Seite, andererseits mit dem NSB-System. Wer hier seriös politisieren will, muss sich anstrengen, solche Zeiten zeigen immer wieder Grenzen unseres Milizsystems, unserer Feierabendpolitik auf. Die SP-Fraktion steht nach wie vor hinter der Idee NSB und zwar unter folgenden Zielsetzungen: Die Wirkung der Verwaltungstätigkeit soll verbessert werden, die Qualität der Arbeit ist kontrolliert und gesichert, die Abläufe in der Verwaltung sind aufeinander abgestimmt, die Verwaltungsarbeit ist bezüglich der Produkte und Kosten transparent. In diesem Sinne möchten wir unsere Kenntnisnahme des Berichts verstanden haben, offenbar ein bisschen anders als die Mitglieder der FDP den Bericht verstehen. Es sieht aus, als ob die FDP NSB noch mit Privatisierung gleichsetzt. Dies ist für das ganze NSB-Projekt fatal, das war 1994 nie die Grundlage dieses Modells, sonst hätten wir dem seinerzeit nie zugestimmt. Es ist wichtig, auch für die Leute in der Verwaltung, dass sie wissen, unter welchen Prämissen NSB eigentlich steht. Der Zwischenbericht scheint uns realistisch und nicht schönfärberisch zu sein. Wir betonen, dass es uns ein grosses Anliegen ist, die Fortbildung fürs Personal, auf Kader- wie auf Basisebene, weiterzuführen, sogar zu intensivieren. Eine weitsichtige, transparente Informationspolitik hilft mit, Verunsicherungen vorzubeugen und Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. Im Anhang des Berichts steht, dass es nach wie vor auch bei den Piloten Verunsicherungen beim Personal und Unzufriedenheit gibt. Wir müssen jedoch feststellen, dass Unzufriedenheit beim Personal nicht ein Problem von NSB ist. Verunsicherung ist vor allem ein Führungsproblem sowohl auf operationeller als auch auf politischer Ebene. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass der vorgezeichnete Fahrplan des Gemeinderat der richtige ist, deshalb unterstützen wir Antrag 2. Es macht Sinn, dass wir im Jahr 2000 die Weichen stellen werden. Es wird nicht die ganze Verwaltung auf einmal umgestellt, wenn wir von flächendeckender Einführung sprechen, es wird je nach Abteilungsstruktur kürzere oder längere Planungen geben. Zu den Einwänden des Grünen Bündnis bemerken wir, dass es die Aufgabe der Reformkommission ist, die politischen Instrumente mit NSB zu entwickeln, welche die Rechtsgleichheit garantieren sowie die Demokratie und die politische Einflussnahme des Stadtrats sichern. Der Schlussbericht wird Anlass geben, politisch zu entscheiden, ob wir mit NSB weiterfahren oder aufhören wollen. Auf längere Zeit können wir nicht zwei Verwaltungssysteme nebeneinander laufen lassen, dies ist sowohl für die Verwaltung als auch für die politischen Behörden nicht möglich und im Kern sehr undemokratisch. Dem Antrag der FDP können wir zustimmen, zum Contracting Out ist zu sagen, dass wir mit der Motion Zimmermann/Olibet, - "Aufgabenübertragung nur mit klarer Regelung" – und dem entsprechenden GO-Artikel die politischen Weichen bereits gestellt haben. Betreffend Personalpolitik sind wir der Ansicht, dass alle Veränderungen im Personalrecht mit dem Personal und vor allem mit den Gewerkschaften ausgehandelt und nicht gegen den Willen des Personals eingeführt werden.

Einzelvoten

Doris Schneider (GB) hat schon zehn Jahre ihres Lebens im Rathaus verbracht und das Schicksal will es, dass sie acht Jahre später die Gelegenheit hat, zu einem Thema Stellung zu nehmen, welches sie schon lange beschäftigt – das Verhältnis von Politik und Verwaltung. Früher habe ich behauptet, die Verwaltung mache Politik, unterdessen habe ich 7 Jahre in der Verwaltung gearbeitet und kann folgendes feststellen: Die Verwaltung hat das Sagen. Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind Verwaltungsbeamte in einem besonderen Status, sie sind Repräsentantinnen und Repräsentanten dieser Stadt. Im Stadtrat erscheinen sie einzeln als Departementsvorsteherinnen oder –vorsteher. Ich habe die Verwaltung, wie sie leibt und lebt, als Projektleiterin am eigenen Leib erfahren. Da entscheiden 2 Personen eines Verwaltungsbereichs über die Streichung von publikumswirksamen, städtischen Projekten wie Mittagstisch, Berner Ferientageslager, Informationsstelle für arbeitslose Jugendliche, Dienstleistungen von arbeitslosen Personen. Nachfolgeprojekte werden gestrichen, Projektwissen und –erfahrung fallengelassen, Computer gelöscht und überall tönt es, das darf doch nicht wahr sein. Damit die neue Stadtverwaltung Bern nicht eine verwaltungsinterne Angelegenheit bleibt und nicht die volle politische Verantwortung übernimmt, muss

jetzt vermehrt – nach dem Zwischenhalt – eine funktionale, überdirektionale, städtische Aufgabenanalyse gemacht werden. Wenn die Stadt Bern periodisch neue Tagesschulen einführt, aber weder die Schuldirektion noch das Jugendamt die Aufgabe der Institutionalisierung der Tagesferien übernehmen will, ist strategisch ein Knopf in der Leitung. Eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung, die bevölkerungsnah und kundenfreundlich sein will, kann nicht Tagesschulen einführen, ohne Tagesferien zum Thema zu machen. Schon bald ist klar, dass Tagesheimstrukturen gebraucht werden können, jedoch Tagesheime abgeschafft werden müssten. Zum Wildwuchs in der Schulkinderbetreuung gäbe es noch einiges zu sagen. Gewachsene Strukturen müssen überdirektional gesichtet und gebündelt werden. Es braucht eine Angstfreiheit des Gemeinderats, Änderungen entgegenzunehmen und neu einzuführen, Freunde loszulassen, es braucht Mut zur Tat, zur Innovationsfreude. Nicht nur die Verwaltung, auch der Gemeinderat sollte vermehrt prozessorientiert leben lernen. Wie steht es nun mit dem Stadtrat? Der Stadtrat ist ein Gremium, das einem steten Wandel unterzogen ist. Eine Milizbehörde, die Aufgaben der politischen Aufsicht übernehmen sollte. Ich stelle die Frage, kann der Stadtrat seine zukünftigen Aufgaben wahrnehmen, damit die wirkungsorientierte Verwaltungsreform nicht zu einer vermehrten Machtaneignungsreform der Verwaltung wird? Ich habe gehört, dass die bis anhin angebotenen Kurse zum Teil ungenutzt geblieben sind. Vielleicht haben sie zum falschen Zeitpunkt stattgefunden. Der Stadtrat als Milizbehörde, sollte sich eine eigene Infrastruktur schaffen. Auch der Stadtrat muss sich in einen Prozess begeben. Wie wäre es, während den ordentlichen Stadtratssitzungen Schulungsprogramme zur Neuen Stadtverwaltung Bern einzubauen? Die Aufgabe, sich als politische Aufsichtsbehörde gegenüber einer sich im Wandel befindenden Stadtverwaltung, einem Gemeinderat mit neuen Gebietsverteilungen zu reflektieren, ist eine ernst zu nehmende Anforderung an unser Gremium. Stadtrat, Gemeinderat, Verwaltung und Öffentlichkeit müssen sich vermehrt in einen parallel verlaufenden Prozess begeben. Es ist wichtig, bevor der Beschluss von einer flächendeckenden, wirkungsorientierten Verwaltungsreform gefasst werden soll, die Gleichzeitigkeit der Prozesse, der Politik und Verwaltung einzuleiten und zu organisieren.

Walter Christen (SP) meint, dass die Sozialpartner nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Leistungen der Verwaltung kundennäher werden, die Arbeitsabläufe verbessert, Synergien und Ressourcen gewonnen werden können. Die Verbände der Stadt Bern können nicht mitmachen und NSB führt dazu, dass Häftlinge längere und Indianer kürzere Federn erhalten. Wir stellen fest, dass das Personal kaum oder überhaupt nicht in Prozesse einbezogen wird, es gibt Bereiche, bei denen NSB in Personalausschüssen noch nie traktandiert worden ist und die Informationen nicht weitergegeben wurden. Wenn die Veränderung zu forsch angegangen wird, dann entsteht zwischen Personal und Arbeitgeber ein Graben, dies ist eine gefährliche Situation, hier haben wir grossen Handlungsbedarf. Personalverbände werden NSB weiterhin kritisch mitbegleiten. Wo NSB nicht verstanden wird, weil die Versuchsphase in einigen Bereichen abgeschlossen ist, muss der Mut aufgebracht werden, dementsprechend zu insistieren.

Bernhard Pulver (GFL): Die GFL/EVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP, uns scheint es sinnvoll, dass Vergleiche gemacht und überprüft werden, insbesondere bei der Frage der Personalpolitik muss die Flexibilisierung geprüft werden. Für uns ist die Frage einer Anstellung nach OR nicht einfach ein Tabu, das OR ist kein völlig unsoziales Gebilde. NSB soll der Verwaltung mehr Flexibilität geben für Arbeit von Leuten, die sich wirklich einsetzen, mehr Kompetenzen geben um effizient zu arbeiten und nicht Scheinkompetenzen an Gremien zu verteilen, die sie nicht erfüllen können. Eine Machtanhäufung der Verwaltung kann es nicht sein und dies ist auch nicht die Idee der Reformkommission.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Es ist eigentlich erfreulich, man ist im Stadtrat noch mehr an Informationen interessiert, vielleicht ist dies auch ein bisschen im Sinne eines Aufwachens. Die aufgeworfenen Diskussionspunkte sind genau diese, die man miteinander erörtern muss. Uns liegt im Moment nur der Zwischenbericht vor, wir haben noch nicht die Schlussevaluation mit den entsprechenden Anträgen des Gemeinderats. Ob dies eine flächendeckende Einführung bedeutet oder nicht, wieweit man mit NSB gehen will oder nicht,

das kommt gestützt auf die Evaluation aus. Von den 7 Piloten haben wir deren 4 erst vor 1 ½ Jahren beschlossen und richtig operativ sind sie erst ein Jahr. Um die Auswirkungen abzuschätzen, ist die Zeit zu kurz. Betreffend den Aussagen, NSB habe bis jetzt nichts bewirkt, weiss ich, dass die Feuerwehr und die Informatikdienste nicht mehr ohne die Instrumente von NSB wirtschaften möchten. Auch bei den Informatikdiensten bestand am Anfang grosse Skepsis und Angst vor der Doppelbelastung und einer schweren Zusatzbelastung, doch nun habe ich mit Freude entdeckt, wenn man sich auf das Notwendige konzentriert, dass keine grosse Bürokratie damit verhängt ist. Unterschieden werden muss zwischen der Teilverwaltungsreform und der Regierungsreform, welche eine Verbindung zueinander haben. Die Piloten, dienen vor allem der Reform auf Verwaltungsebene und die aufgeworfenen Fragen der Fraktionssprecherin vom Grünen Bündnis sind Fragen, welche wir in der Reformkonferenz diskutieren. Was wir bis jetzt in der Reformkonferenz diskutiert haben, hat überhaupt nicht zu den geäusserten Befürchtungen von Kompetenzverschiebungen Anlass gegeben. Aber genau dies möchten wir dann beurteilen, wenn wir gestützt auf die Reformkonferenz die Vorschläge des Gemeinderats haben werden. Der parallel laufende Prozess, der hier auch zu Diskussionen Anlass gegeben hat, genau den haben wir jetzt in der ersten Etappe der Reformkonferenz verwirklicht. In dieser Form finde ich den Prozess gut, er ist einmalig in der Schweiz, die Diskussionen aus Sicht des Gemeinderats und aus den Voten der meisten Stadtratsmitglieder, welche mitmachen, sind gut. Wir sind der Meinung, dass wir nicht mitten in einer Übung abbrechen sollten, denn dies sind die schlechtesten Übungen, daraus kann man überhaupt nichts lernen. Wir müssen schauen, dass die nötigen Lehren gezogen werden können. Die Parallelität in der Entwicklungsphase eines Pilotprojekts ist ein richtiger Zusatzeffort. Wir wollen auf einen Entscheid zusteuern, von dem wir sagen können, wir wissen worüber wir entschieden haben, weil wir die nötigen Abklärungen gemacht und die Unterlagen gehabt haben. Noch einige Worte zur Eignung von NSB: Kultur sei nichts für NSB, werte Anwesende, Sie haben den Kulturverträgen zugestimmt, das sind Leistungsverträge an Kulturinstitutionen mit einem Controlling. Was heisst ein Leistungsauftrag im Kulturbereich? Es ist nicht dasselbe, wie in anderen Bereichen, aber dort haben wir durchaus schon Ansätze entwickelt, bevor von NSB gesprochen wurde. Das Gleiche gilt für Verträge die wir im Fürsorgebereich haben. Mit der Entwicklung müssen wir schauen, was in die Verträge gehört, wir müssen dies reglementarisch nach der neuen GO Art. 27 erfassen. Falls die Mitglieder des Stadtrats das Bedürfnis nach Zusatzinformationen und Zusatzschulungen haben, sind wir jederzeit gerne bereit zu helfen. Zwei, drei Bemerkungen zum Antrag der FDP, den wir annehmen können. Die Einführung von NSB hat natürlich im Sinn von Auflagen oder Rahmenbedingungen noch verschiedenes, das abgeklärt werden muss. Personalpolitische Fragen, was heisst Agentur, Aufträge an Agentur, wie gross ist die Selbständigkeit? Das sind Anliegen, welche für die Weiterentwicklung und die Anträge des Gemeinderats an den Stadtrat etwas Selbstverständliches sind. Fürs Benchmarking müssen wir Partner haben, von denen wir die Informationen entsprechend aufbereitet erhalten, wir hoffen, dass dies auch klappt, sonst ist Benchmarking nur ein schönes Wort, ein Wort das nichts bringt. Ich bitte den Rat, der Verlängerung zuzustimmen und hoffe, dass wir unseren Zeitplan einhalten können.

Beschlüsse

1. Dem Zusatzantrag der FDP stimmt der Rat mit 42 Ja, 13 Nein und 11 Enthaltungen zu.
2. Dem Antrag des Gemeinderats stimmt der Rat mit 68 Ja, 0 Nein und 0 Enthaltung zu.

Der Ratspräsident, *Rolf Häberli*, teilt mit, dass Traktandum 2 auf Beginn der Abendsitzung verschoben wird, weil die Schuldirektorin anderen Verpflichtungen nachgehen muss.

Sylvia Spring Hunziker (SP) teilt mit, dass dies eine Abänderung der Traktandenliste sei und diese nicht zur gewohnten Zeit, zu Beginn der Sitzung, diskutiert wurde. Die Zuschauertribüne ist von Personen besetzt, die für die Behandlung dieses Traktandums und aus Interesse an der WMB hier erschienen sind. Ich habe der Schuldirektorin mitgeteilt, dass ich sehr enttäuscht bin, dass Repräsentationspflichten Vorrang vor einem Stadtratsgeschäft haben. Das

Geschäft wurde ganz normal an zweiter Stelle traktandiert, wenn sie um 17.45 Uhr weg muss, hat sie falsch kalkuliert.

Adrian Haas (FDP) stellt fest, dass die Fragen an den Gemeinderat gerichtet werden und es einem anderen Mitglied durchaus möglich sein sollte, diese Fragen zu beantworten. Über eine Abänderung der Traktandenliste hat der Stadtrat abzustimmen.

Der Stadtpräsident übernimmt die Beantwortung der Dringlichen Interpellation.

2 Dringliche Interpellation Fraktion SP (Silvia Spring Hunziker): Zukunft des Schulstandortes Waisenhausplatz / Speichergasse

Antrag Nr. 79

Auch nach dem Standortentscheid bezüglich Klee-Museum besteht nach wie vor Unklarheit über die weitere Zukunft des Schulhauses Waisenhausplatz/Speichergasse (WMB/BV). Bekanntlich bedarf dieser traditionsreiche städtische Schulbau einer grundlegenden Innen- und Aussensanierung; an der Gebäudehülle wurden seit Jahrzehnten keine Renovationen mehr vorgenommen. Der Schulbetrieb leidet zunehmend unter den unhaltbaren Zuständen im Innern, wie auch unter der Gefährdung durch den desolaten Zustand der Aussenhülle. Als Schulstandort weist der Gebäudekomplex an zentraler Lage grosse Vorteile auf. Er blickt ausserdem auf eine lange Tradition zurück - sei es als Lateinschule, „Proger“ oder Töchterhandelsschule (heute WMB). Deshalb stossen die jetzt bekannt gewordenen Nutzungsänderungen oder allfälligen Verkaufsabsichten nicht nur bei den betroffenen Schulen, sondern auch in breiten Bevölkerungskreisen auf Unverständnis. Noch vor kurzem hat der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Beantwortung einer Interpellation eine allfällige Aufhebung des Sanierungsmoratoriums ins Auge gefasst. Nun mehren sich aber die Anzeichen, dass die Stadt sich der Liegenschaft entledigen will, um die längst fällige Gesamtrenovation zu umgehen.

Wir bitten den Gemeinderat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Überlegungen haben den Gemeinderat dazu veranlasst, den traditionellen und vorteilhaften Schulstandort Waisenhausplatz/Speichergasse aufzugeben?
2. Wie realistisch ist der bekannt gegebene Zeitpunkt für einen allfälligen Verkauf der Liegenschaft oder für eine geplante Nutzungsänderung? Gibt es bereits Interessentinnen?
3. Wird eine Gesamtsanierung nicht mehr ins Auge gefasst?
4. Gibt es bereits konkrete, attraktive neue Standorte für die betroffenen Schulen oder wie stellt sich der Gemeinderat zu nötigen Neubauten?
5. Sind von diesem Vorgehen - verkaufen statt sanieren - weitere Liegenschaften vor allem Schulanlagen, die nächstens kantonalisiert werden, betroffen?

Begründung der Dringlichkeit:

Ein definitiver Standortentscheid muss wohl in allernächster Zeit gefällt werden. Es besteht ein öffentliches Interesse daran, ob Bern einen traditionsreichen Schulstandort im Herzen der Stadt verliert.

Bern, 8. April 1999

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* beantwortet die Dringliche Interpellation stellvertretend für die Schuldirektorin: Die Liegenschaft Waisenhausplatz 30/Speichergasse 4 steht zurzeit aus mehreren Gründen im Zentrum des Interesses:

- Die Notwendigkeit einer Gesamtsanierung der Gebäude ist unbestritten; das vom Gemeinderat erlassene Moratorium für Investitionen bei Berufsschulbauten ist jedoch weiterhin in Kraft und kann vom Gemeinderat nicht einfach aufgehoben werden, ohne dass von Seiten des Kantons die erforderlichen Zusicherungen vorhanden sind.

- Die Möglichkeiten für eine Umnutzung der Liegenschaft für andere als schulische Zwecke wird im Auftrag des Gemeinderats derzeit abgeklärt.

Zu Frage 1:

Die Liegenschaft Waisenhausplatz 30/Speichergasse 4 stellte ursprünglich eine mögliche Standortvariante für die Unterbringung eines Paul Klee-Museums dar, zusammen mit einem noch zu gründenden Bernischen Museum für Gegenwartskunst. Nachdem der Standortentscheid für das Paul Klee-Museum zugunsten des Schöngrünareals gefallen ist, wurden die angelaufenen Diskussionen für eine alternative Nutzung der erwähnten Liegenschaft weitergeführt. Deren Lage im Stadtzentrum ist zweifellos sehr attraktiv. Überlegungen unter städtebaulichen und wirtschaftlichen Aspekten sowie solchen der Stadtentwicklung führen zum Schluss, dass es sich hier um einen zentralen und publikumswirksamen Standort handelt, der nach einer entsprechenden Nutzung verlangt. In diesem Zusammenhang könnte die Unterbringung eines Museums für Gegenwartskunst eine sinnvolle Nutzung darstellen, zumal damit auch das Kunstmuseum nach der Auslagerung seiner Hauptattraktion (Werke von Paul Klee) wieder aufgewertet werden könnte. Für das Museum für Gegenwartskunst wären private Kunstsammlerinnen und –sammler bereit, die erforderlichen Mittel für den Umbau und die Einrichtung zu beschaffen. Es würde nur einen Teil der heutigen Schulliegenschaften benötigen; die restlichen Flächen könnten anderweitig genutzt werden. Der Gemeinderat hat aus gesamtstädtischen Überlegungen einen Grundsatzbeschluss zugunsten einer Umnutzung der Liegenschaft gefasst.

Zu Frage 2:

Die Umnutzung der Liegenschaft Waisenhausplatz 30/Speichergasse 4 bedingt die Verlegung der Wirtschaftsmittelschule und der Berufsschule für Verwaltung an neue Standorte. Diese müssen zuerst eruiert und gegebenenfalls für schulspezifische Verwendungen eingerichtet werden. Es handelt sich dabei um ein laufendes Projekt, so dass es derzeit nicht möglich ist, irgendwelche gesicherte terminliche Angaben machen zu können. Für die Nutzung der Flächen sind bereits verschiedene Interessen angemeldet worden, wobei diesbezüglich noch keine Beschlüsse gefällt worden sind.

Zu Frage 3:

Es ist unbestritten, dass die Gebäude, unabhängig von der Frage der künftigen Nutzung, einer Gesamtanierung unterzogen werden müssen. Dies trifft auch für den Fall der Beibehaltung der schulischen Nutzung zu. Das vom Gemeinderat erlassene Moratorium für Investitionen bei Berufsschulbauten müsste jedoch vorgängig aufgehoben werden. Generell ist der Zeitpunkt der Gesamtanierung von der künftigen Nutzerin bzw. dem künftigen Nutzer abhängig.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat hat die Schuldirektion, in Verbindung mit der Präsidialdirektion und der Planungs- und Baudirektion beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um gemeinsam mit dem Kanton die nötigen Schritte für die Umnutzung einzuleiten. In diesem Zusammenhang ist auch ein Konzept über die allfällige Verlegung der Schulen, die sich daraus ergebenden Projektierungen sowie den grob geschätzten Kreditbedarf auszuarbeiten. Die erwähnte Arbeitsgruppe hat im Mai dieses Jahres die Arbeiten aufgenommen. Diese sind noch nicht soweit gediehen, dass konkrete attraktive Standorte für die betroffenen Schulen gefunden worden wären; ebenso ist derzeit die Frage noch offen, ob vorhandene Gebäulichkeiten umgenutzt oder Neubauten erstellt werden müssen. Der Gemeinderat ist sich im übrigen bewusst, dass die Stadt Bern ein Zentrum der Berufsbildung darstellt und deshalb für ein attraktives Angebot, auch bezüglich der Schulstandorte, besorgt sein muss. Nach seiner Auffassung müssen diese jedoch nicht zwingend im Stadtzentrum angesiedelt sein.

Zu Frage 5:

Der Gemeinderat wiederholt, dass er seinen Grundsatzentscheid für eine Umnutzung der Liegenschaft Waisenhausplatz 30/Speichergasse 4 aufgrund Überlegungen bezüglich einer optimaleren Nutzung des attraktiven Standorts im Stadtzentrum gefasst hat. Bei einer Verlegung der Schulen an andere Standorte kann unter Umständen die Liegenschaft Viktoriastrasse 71 betroffen sein. Es ist derzeit allerdings noch offen, für welche Schule diese allenfalls genutzt werden könnte.

- Auf Antrag der Interpellantin gewährt der Rat Diskussion. –

Sylvia Spring Hunziker (SP) äussert sich zu ihrer Interpellation: Es handelt sich hier um eine städtische Liegenschaft und um vernachlässigte Unterhaltsarbeiten am Gebäude, es geht auch um den Umgang mit den jetzigen Nutzern. Weil ich selber Schülerin an der WMB war, hat diese Angelegenheit für mich einen emotionalen Aspekt und ich freue mich, dass ich heute ehemalige Lehrkräfte begrüssen konnte. Ich setze mich gerne für die Interessen dieser Schule ein. Die Enttäuschung unserer ganzen Fraktion möchte ich hiermit zum Ausdruck bringen; dass Geheimniskrämerei zulasten der Schulinteressen gemacht worden ist und wir sind enttäuscht, dass die Strategie nicht kommuniziert worden ist. Bei der Beantwortung der Interpellation von René Zimmermann hat die Schuldirektorin noch von der Aufhebung des Sanierungsmoratoriums gesprochen. Wir werden das Gefühl nicht los, dass sich hier eine Gemeinderätin aus der Verantwortung stehlen will. Es ist klar, der Gemeinderat der Stadt Bern ist für die Standortfrage zuständig. Dies hat eine Unterredung ergeben, welche die WMB mit Regierungsrat Annoni gehabt hat, als er letzte Woche der Schule einen Besuch abstattete. Jetzt muss der Gemeinderat Klartext sprechen, welche Politik er verfolgt, wie er die Sache aus finanzpolitischen Gründen angehen will, ob er effektiv die renovationsbedürftigen Liegenschaften abtosseln will. Will er gar Bildung gegen Kunst ausspielen? Wir bezweifeln, dass das WMB-Gebäude für Gegenwartskunst geeignet sein soll, ausser es weiche einem Neubau. Es ist erstaunlich, wie wandelbar die Argumentation ist. Bis zum Negativentscheid fürs Klee-Museum hiess es, dass sich die Räume besonders gut für kleinformatige Klee-Werke eignen. Gilt jetzt das Gegenteil? Natürlich besteht kein Anspruch der WMB auf den jetzigen Standort, doch Anrecht auf Informationen und Unterstützung für die Zukunftsplanung hat sie auf jeden Fall. Es leiden zudem verschiedene Schulen unter diesem unhaltbaren Zustand von geheimen Verhandlungen, die GIBB, die Lehrwerkstätte wie auch die Berufsschule für Verwaltung und eben nicht zuletzt die WMB. Es setzt jetzt unweigerlich ein sogenannter Dominoeffekt ein. Weil die Stadt über kein leerstehendes Schulhaus verfügt, wird offensichtlich, dass bei einer Umnutzung mindestens ein Stadtschulhaus fehlt. Wir wissen, dass auch die GIBB ein ungelöstes Standortproblem hat. Wir warnen davor, dass ein unkoordiniertes JE-KA-MI oder sogar ein Verwirrspiel unter den Schulen hier in der Stadt Bern einsetzt. An dieser Stelle interessiert uns auch, warum 2 städtische Arbeitsgruppen sich um Standortfragen und Umnutzungsabsichten kümmern. Es scheint, dass sowohl die Präsidialdirektion als auch die Schuldirektion Abklärungen und Vorverhandlungen vornehmen. Wir erwarten vom Gemeinderat eine transparente Prioritätensetzung und einen klaren Entscheid. Die WMB soll auf städtischem Boden und auch günstig gelegen bleiben. Die Standortfrage muss so rasch als möglich geklärt werden, wir verhehlen nicht, dass wir vom bisherigen Vorgehen der Schuldirektorin enttäuscht sind. Wir vermissen ihre Federführung in diesem schulpolitischen, zentralen Geschäft. Es schmerzt, keinen Rückhalt und kein spezielles Engagement zu spüren. Offenbar will die Schuldirektorin keine aktive Rolle spielen und auch nicht sagen, was sie anbieten wird, sondern vorzeitig städtische Schulinteressen aufgeben. Die SP bedauert, wenn der Bildungsstadt Bern so wenig Bedeutung beigemessen wird. Die zahlreichen Schulstandorte in der Stadt sind auch ein Vorteil für die Wohnstadt Bern, sie bringen Leben in die Stadt und die Nutzungsdurchmischung auch an zentralen Lagen ist willkommen. Ich komme noch auf die Verantwortlichen und die Lehrerschaft der WMB zu sprechen. Sie fühlen sich zu Recht im Stich gelassen. Sie wissen nicht, was mit ihrem sanierungsbedürftigen Gebäude passieren wird und wohin sie möglicherweise verlegt werden, geschweige denn wann. Alles Schöne an dieser Schule, z.B. die Begrünung des Schulhofs, die Bibliothek, das Lesezimmer sind nur dank Eigenleistungen entstanden. Die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler haben trotz fast ewigem Provisorium immer wieder grossen Einsatz gezeigt. Sie wünschen sich, das konnte man in ihrem Brief lesen, dass das Standortproblem zufriedenstellend und möglichst rasch geklärt wird, damit ihr innovativer, kreativer und auch zukunfts gesicherter Schulbetrieb auch mittel- und längerfristig geplant und die Schulentwicklung weitergehen kann.

Christoph Stalder (FDP) hat wie Sylvia Spring Hunziker eine sentimentale Bindung an diesen Schulkomplex. Er war 4 Jahre am Progymnasium und 10 Jahre Experte bei der WMB. Eine dieser zwei Schulen, das Progymnasium, gibt es leider nicht mehr, die andere Schule, die WMB existiert glücklicherweise noch und erfüllt wichtige und gute Aufgaben. Wenn ich die

Interpellation der Fraktion SP und den Brief der Lehrerschaft der WMB vom 7. Mai vergleiche, stelle ich eine unterschiedliche Ausrichtung fest. Die Interpellation will primär den Schulstandort Waisenhausplatz / Speichergasse behalten, heute haben die Voten von Sylvia Spring Hunziker anders getönt. Die Lehrerschaft der WMB will vor allem wissen, was mit ihnen passiert, wohin sie eventuell verlegt werden. Ich glaube, das primäre Anliegen ist wirklich, dass die Standortfrage rasch geklärt wird. Wir haben gehört, man macht Abklärungen, der Stadtpräsident konnte keine Terminzusagen machen, aber auch wir von der FDP bitten den Gemeinderat, direktionsübergreifend diesen grundsätzlichen Standortentscheid so rasch als möglich zu fällen. Ein weiterer Grund für eine schnelle Entscheidung ist der schlechte Zustand des Gebäudes, es wäre unverzeihlich, wenn dort wegen fehlendem Unterhalt ein böser Unfall passieren würde. Der Stadtpräsident bestreitet den Sanierungsbedarf nicht. Ob die Schule an diesem zentralen Standort bleiben kann, ist mehr als fraglich, es ist ein attraktiver, publikumswirksamer Standort. Wenn wir von der Tourismusattraktivität und vom Museum für Gegenwartskunst ausgehen und dort ein kulturelles Zentrum geschaffen werden könnte, wäre dies sehr zu begrüßen. Aus diesem Grund sind wir froh über einen raschen Entscheid, insbesondere auch, damit die Lehrer- und Schülerschaft der WMB ebenfalls wissen, wie es weitergeht.

Raymond Anliker (SP) ist wie Sylvia Spring Hunziker von der Antwort des Gemeinderats enttäuscht. Die Stossrichtung des Vorstosses und des Briefes der Lehrerschaft ist in etwa die gleiche. Anlass ist das Gebäude, der Vorschlag ist ein sanierter Standort Speichergasse oder eben ein attraktiver neuer Standort. Es gibt Konstellationen, die für eine Schule lähmend wirken, man stelle sich folgende Situation vor: Eine Schule positioniert sich neu in einer bewegten Bildungslandschaft, sie bietet einen neuen Lehrgang, die Berufsmaturität, an. Sie gibt sich ein neues Leitbild, ist eingebunden in ein grossangelegtes Projekt der Qualitätssicherung und –entwicklung, sie wendet neue Unterrichtsmethoden an usw. Dies notabene an einem Standort, der einerseits sehr sanierungsbedürftig und andererseits nach wie vor unsicher und unklar ist. Diesen Gegensatz, diese Widersprüche, die könnten lähmend wirken. Glücklicherweise betrifft dies noch nicht die Motivation der dort wirkenden Personen. Die Thematik, welche Sylvia Spring mit ihrer Interpellation vorgebracht hat, ist sehr vielschichtig. Ich will in aller Kürze auf einzelne Schichten eingehen. Wir müssen über den Wert der Bildung sprechen und diskutieren. Bildung ist Kultur, sie garantiert und thematisiert Kultur. Meiner Meinung nach dürfen Bildungsstandorte nicht gegen Kulturstandorte ausgespielt werden, wenn sie so zentral gelegen sind. Ein Gebäudekomplex in der Innenstadt ist nicht schlecht genutzt, wenn er der Bildung dient. Solche und ähnliche Äusserungen sind ganz falsche Signale in einem doch eher bildungsfeindlichen Kanton wie Bern dies ist. Bildungsstandorte an einer zentralen Lage beleben eine Stadt, werden zum vielfältig genutzten Treffpunkt, dies nicht nur am Tag, sondern auch abends, wenn Kursbesuchende, Sängerinnen und Sänger oder ganze Orchester die Räumlichkeiten benützen. Ausserdem müssen wir über die Wertschätzung der städtischen Behörde einer äusserst traditionsreichen Mittelschule gegenüber sprechen. Anders gesagt über die Frage diskutieren, in welchem Zustand die Gemeinde im Rahmen der Kantonalisierung ihre Mittelschulen dem Kanton übergeben will. Übergibt man sie z.B. ohne definitiven, attraktiven Standort, gefährdet man die Schulen in ihrer Existenz. Ich glaube nicht, dass dies der Gemeinderat so will. Solange die betroffene Schule eine städtische Schule ist, liegt die Verantwortung über den Standort beim Gemeinderat der Stadt Bern. Er ist deshalb aufgefordert, der WMB in allernächster Zeit einen definitiven, zentralen und attraktiven Standort zu vermitteln. Dies kann, muss aber nicht an der Speichergasse sein. Wenn gleichwertige Alternativen zur Verfügung stehen, kann damit auch gelebt werden. Die Zusicherung, dass dies passiert, reicht eben nicht, weil es bis jetzt immer nur bei Worten geblieben ist, auch heute wieder. Die Zeit drängt und die Lösungen müssen in Zusammenarbeit mit der Schule gesucht werden. Wenn die Standortfrage erst nach der Kantonalisierung geklärt wird, droht der Schule in mehrfacher Hinsicht Gefahr, in der Peripherie bedeutungslos zu werden. Entsprechende Anspielungen haben wir gehört, z.B. das Zivilschutzzentrum Lyss als Alternative, auch wenn dies nur ironisch gemeint war. Sprechen wir schliesslich noch von finanzpolitischen Strategien oder konkret von der Frage, ob wir die städtischen Finanzen sanieren, indem wir sanierungsbedürftige Liegenschaften letztendlich verkaufen. Ich werde aufgrund der seltsamen Doppelstrategie von zwei Direktio-

nen den Verdacht nicht los, dass von Beginn weg in erster Linie ein Verkauf der Liegenschaft angestrebt worden ist, dass die ganze Museumsfrage, vor allem nach dem Entscheid des Klee-Museums, nur noch ein Geplänkel ist. Ich lasse mich aber gerne eines besseren belehren, falls dies nicht zutrifft. Wir alle wissen, dass der Unterhaltsbedarf an öffentlichen Gebäuden unsere finanziellen Möglichkeiten schon seit langem übersteigt. Ich bin der Meinung, dass ein Verkauf als Finanzierungsstrategie eine Möglichkeit ist, die man differenziert anwenden muss und vor allem darf sie die Bildungsstandorte nicht betreffen. Ich benutze gerne die Gelegenheit, noch ein paar Zusatzfragen zu stellen. Heisst umnutzen auch verkaufen? Welche konkreten Einsparungen verspricht sich der Gemeinderat von diesem Umnutzungs- resp. Verkaufsmanöver? Zum Schluss erwähne ich noch einmal die Verantwortung der Stadt gegenüber der betroffenen Schule, einer traditionell gut verankerten, berufsbildenden Schule mit einem guten Ruf und einer wichtigen Funktion im Kuchen der Mittelschulen. Die Standortfrage muss so schnell wie möglich geklärt werden, damit das Damoklesschwert nicht den Schulbetrieb und die Schulentwicklung länger behindert.

Hans Ulrich Gränicher (SVP): Im Sommer 1998 ist der Schulstandort Waisenhausplatz / Speichergasse als Museumsstandort fürs Paul Klee-Museum im Gespräch gestanden. Nachdem jetzt dieser Entscheid gefallen ist, das Klee-Museum in der Peripherie der Stadt zu bauen, steht für uns der Schulstandort Waisenhausplatz nicht mehr zur Diskussion. Die Auslagerung der WMB und der Berufsschule für Verwaltung ist auch unter dem Aspekt der Kantonalisierung aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Die Schule wird von vielen auswärtigen SchülerInnen besucht, für diese ist es sehr wichtig, dass der Schulstandort im Zentrum der Stadt beibehalten werden kann. Die Idee eines neuen Museums für Gegenwartskunst in diesem Schulhaus zu realisieren, erachten wir als falsch. Nachdem die Klee-Sammlung aus dem Kunstmuseum ausgelagert werden soll, sind wir der Ansicht, dass sich im jetzigen Kunstmuseum genügend Möglichkeiten bieten werden, um die Bedürfnisse der Gegenwartskunst abzudecken. Unserer Meinung nach eignet sich der Standort Waisenhausplatz / Speichergasse hervorragend für schulische Nutzungen, dementsprechend bitten wir den Gemeinderat, auf seinen Entscheid betreffend Moratorium für dringend notwendige Renovationen zurückzukommen und die Renovationen am Gebäude, welche zwingend sind, jetzt in die Wege zu leiten. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Neubau oder eine Umnutzung eines anderen bestehenden Schulraums für die WMB oder BV sicher wesentlich teurer würde, als die Renovationsarbeiten am Standort Waisenhausplatz. Dementsprechend bitte ich den Gemeinderat im Namen der gesamten SVP-Fraktion, ein klares Signal zugunsten der WMB und BV für den Standort Waisenhausplatz abzugeben, so dass die Schule zugunsten der Bildungsbedürfnisse der Jugendlichen sich wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren kann. Ich bitte den Stadtpräsidenten, der heute als Vertreter der Schuldirektorin geamtet hat, ihr dies auch mitzuteilen, damit sie weiss, dass hier klare Signale abgegeben worden sind.

Der Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* stellt fest, dass die meisten Referentinnen und Referenten erkannt haben, dass es sich bei der Diskussion nicht um die Abschaffung der Schulen handelt, zur Diskussion steht der Standort. Es ist auch dem Gemeinderat klar, wenn eine Standortverlegung gemacht werden muss, dass der Ersatzstandort ein realistischer, guter und annehmbarer Ort sein sollte. Der Gemeinderat hat sich immer, er wird dies weiterhin tun, zu den Berufsschulen bekannt, auch wenn von gewissen Seiten mitgeteilt wurde, dass diese Nutzungen nicht einmal Liegenschaftssteuern einbringen. Wir müssen uns bewusst sein, dass bin ich mir als Wirtschaftsdirektor ebenfalls, dass wir nur gestützt auf eine gute Berufsausbildung und -weiterbildung in Zukunft existieren werden. Wenn der neue Schulstandort nicht so zentral wie der jetzige gelegen sein sollte, wird dieser für die auswärtigen Schülerinnen und Schüler mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein. Wir haben nicht im Sinn, die Berufsschulen hinter den Schermenwald zu plazieren, vom Standort Lyss sprechen wir schon gar nicht. Die Abklärungsarbeiten sind angelaufen, eine Arbeitsgruppe aus Schul-, Präsidial- und Planungs- und Baudirektion wurde eingesetzt. Ich weiss nicht, woher Sylvia Spring die Information hat, es seien zwei Arbeitsgruppen im Einsatz. Die Präsidialdirektion ist in dieser Gruppe vertreten, weil die Kultur dieser Direktion angesiedelt und die Frage des Museumsstandorts für Gegenwartskunst involviert ist. Dem Gemeinderat geht es gar nicht darum, Bildung gegen ein Museum auszuspielen. Ich will nicht über den Kulturbegriff strei-

ten, klar ist, mit der Verlagerung des Klee-Museums ins Schöngrün geht ein Schwergewicht unseres Kunstmuseums weg. Damit die Attraktivität erhalten bleibt, wäre das Museum für Gegenwartskunst eine mögliche Ergänzung dazu. Über den Standort wurde bereits diskutiert, namhafte Donatorinnen und Donatoren wären bereit, Geld zur Verfügung zu stellen. Für das Museum für Gegenwartskunst würde man nicht die ganze Liegenschaft Waisenhausplatz/Speichergasse benötigen, für welchen Zweck die weiteren Räumlichkeiten benützt würden, ist Gegenstand der laufenden Abklärungen. Die Möglichkeit besteht auch für öffentliche Nutzung. Der Gemeinderat ist bestrebt, einen schnellen Entscheid herbeizuführen. Der Lehrerschaft sage ich heute, es geht nicht darum, eure Schulen abzuschaffen, doch manchmal bietet eine Standortverlegung die Chance, sich noch besser einzubetten, was die Räumlichkeiten und Möglichkeiten anbelangt. Zum Schluss noch zum erwähnten Moratorium. Weil der Kanton zögerlich mit der Frage betreffend Berufsschulen und Übernahme von Gebäuden ist, ist der Gemeinderat nicht bereit, für eine Sanierung rund 20 Millionen Franken zu investieren und sich danach vom Kanton sagen zu lassen, er gelte nur 10 Millionen Franken ab oder nicht einmal dies. Wir haben das Geld nicht auf der Strasse gefunden, wir kämpfen wegen der zentral örtlichen Lasten, die wir auch abgegolten haben sollten. Ich appelliere ans Verständnis der Anwesenden, dass wir dort Zurückhaltung üben und versuchen, mit dem Kanton zu verhandeln. Wir sind der Meinung, unsere Berufsschulbauten auch in der Übergangszeit zu unterhalten und sanieren. Die finanzielle Lage der Stadt lässt es nicht zu, auf das Moratorium zu verzichten.

Raymond Anliker (SP) stellt die Zusatzfrage, ob Umnutzung eventuell auch ein Verkauf sein könnte?

Der *Stadtpräsident* beantwortet die Zusatzfrage wie folgt: Es ist offen, für welche Zwecke und in welcher Form das Gebäude umgenutzt wird. Ich denke, es könnte eventuell auch nur ein Teilverkauf sein, aber solange man die weitere Nutzung nicht kennt und nicht abgeklärt hat, ist es müssig, lange darüber zu diskutieren. Wenn eine neue Liegenschaft gefunden werden könnte, die sich als Standort für Schulen eignen würde, wäre ein Abtausch eine weitere Möglichkeit.

Die Interpellantin *Sylvia Spring Hunziker (SP)* ist zum Teil mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden, weil sie zu schwammig ist. Ich danke dem Stadtpräsidenten für die mündlichen Erläuterungen. Von der verpassten Vorstellung der Schuldirektorin bin ich enttäuscht.

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Die Protokollführerin: *Edith Ramseier*